

# Wossische



# Zeitung

10 Pfennig

1704

Mit  
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhart, Verlags-Redakteur (in. Ann. d. Handlungsbil.) Carl Meißel, Berlin, Charo-Weinstraße 15. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Parasch.-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3000-3005, für den Paraverkehr Am Dönhofs 3000-3006, Telegramm-Adresse: Ullsteinchen, Berlin. Postcheckkonto Berlin 656.

## Regierungserklärung im Reichstage

### „Getreu im Sinn der Weimarer Verfassung“

Rundlich um 1 Uhr eröffnet Präsident Ebert die Sitzung mit der Bekanntgabe des von Reichspräsidenten vorgelegenen neuen Ernennungen. Während der Verlesung ergreifen die Minister im Saale, an der Spitze Reichskanzler Dr. Brüning, die Worte: „Ich bin als Mitglied der Reichsregierung, dem folgt Straßmann, v. Reubell, Köhler, Brauns, Curtius, Schiele, Dr. Koch, Geyer. Den Beschluß macht der neue Reichsminister Schägel.“

Ehe der Reichskanzler das Wort erhält, melden sich zwei Kommunisten zum Wort. Zuerst der Abgeordnete Kappel, der verlangt, daß die Interpellation wegen Verletzung der Arbeitszeit mit der freien Aussprache verbunden wird und vom Reichskanzler die Erklärung darüber fordert, welche Maßnahmen er gegen die Rat der Arbeiter zu ergreifen gedenkt, dann der Abgeordnete Seigler, der sich über die Interpellation wegen der Ranzardsfrage verbreitet.

Der Präsident erwidert, er müsse es dem Reichskanzler überlassen, inwieweit er auf die von den Kommunisten geforderten Wünsche in seiner Regierungserklärung eingehen will. Unter großer Spannung des ganzen Hauses gibt der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort:

### Der Inhalt der Erklärung

Die neue Reichsregierung ist sich darüber einig, daß die Erneuerung ihrer Politik die Ansetzung der Reichstagsfrist bei der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform liegt muß. Sie wird entsprechend der seitlichen Erklärung des Reichspräsidenten in dem an den Kanzler gerichteten Brief vom 20. Januar getreu im Sinne der Weimarer Verfassung für das Wohl des Vaterlandes arbeiten.

Die Reichsregierung begründet das befristete Staatsamt heute als innerlich gefestigt und vertritt als den festen Willen der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und Ehre der geltenden Verfassung in der Besamtheit ihrer Organe und der Reichsorgane, wie sie im Artikel 1 der Verfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten.

Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustandekommen. Derselbe sind alle in der Regierung vertretenen Männer darüber einig, daß Verfassungsänderungen nur auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden können. Insbesondere wird die Regierung gegen alle Versuche, die rechtmäßig oder gemäßigend den Inhalt der Staatsform propagieren, vorgehen.

Die Treuepflicht ist besonders für alle Beamten, selbstverständlich unter Beachtung des verfassungsmäßig gewährleisteten Schutzes auf freie Meinungsäußerung. Selbstverständlich gliedert die Treue zur Weimarer Verfassung keineswegs aus, daß großen Vorgesetzten Deutschlands mit Achtung zu gedenken. Sie heute bestehende Kultur der Deutschen ist auf christlicher Grundlage erwachsen. In diesem Zusammenhange bindet die Regierungserklärung den von der neuen Regierung in Aussicht genommene Reichstagsaufruf an. Grundlage dieses Aufrufes soll die Reichsverfassung sein, nach deren Wortlaut die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt werden sollen.

Der Reichskanzler ruft dann die Beamtenschaft auf zu tatkräftigem Gehör und gewissenhafter Beobachtung der Reichsverfassung.

Weber die Finanzlage sagt die Erklärung: Auch in Zukunft müßte die Reichsregierung bestrebt bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen Fällen schützen und den Interessen der öffentlichen Wirtschaft im Hinblick auf halten. Selbstverständlich müßte mit dem Einkommenssteuersystem gerechnet werden. Die Finanzlage wird sich im nächsten Jahr günstig gestalten. Seine Reichsregierung ist dringend ermahnt, darüber hinaus wird die Regierung bestrebt sein, den Wünschen der Kinder mehr als bisher entgegenzukommen.

Was die Wehrmacht anlangt, so wird die Regierung bestrebt sein, ihr das Vertrauen des deutschen Volkes zu erwerben. Das aber wird dem politischen Kampfe völlig entgegen stehen. Der Reichskanzler erinnert daran, daß die Wehrmacht die Verantwortung über die Reichswehr von allen Völkern auf den politischen Behörden und die vollständige Meeresflotte in

dieser Beziehung mit dem Reichswehrminister und dem Chef des Heeres und der Marine.

Durch wechselseitiges Vertrauen werde es gelingen, die Wehrfrage, die in letzter Zeit große schädliche Gegenstände im Volke aufgewirrt habe, als Streitpunkt dem politischen Kampfsplatz verschwinden zu lassen.

Wichtige Ausführungen sind dem Gebiete der Außenpolitik gewidmet. Der Kanzler betont die Hauptaufgabe der Regierung dieser Politik. Es verheißt sich nun selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen wird. An der Politik der letzten Jahre, die die Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen gefunden hat, wird festgehalten werden.

Die Verdon des Reichskanzlers, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, und in der Verdon des Außenministers, die die Durchführung der Außenpolitik stützt, ist Teil der Politik eingetretten, so daß die Grundlinie die Fortführung der alten Politik schon dadurch fest ergibt.

Aber auch alle übrigen Mitglieder des Kabinetts sind einmütig in dem Entschluß, auf der eingeschlagenen Bahn weiterzuführen, um durch eine Politik des Rechts und des Friedens und durch den ehelichen Willen zur Verständigung und zur Zusammenarbeit mit den anderen Nationen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und darüber hinaus Europas zu wirken.

In erster Stelle muß natürlich die Regierung bemüht sein, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wiederherzustellen. Die Stämmung des Rheinlandes ist eine zwingende Notwendigkeit. Die Reichsregierung muß erwidern, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird.

Ziel aller Einzelmaßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ist Ausgleich der Interessen und Eingliederung aller Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl.

## Doppelmord in Sommerfeld aufgeklärt

Sonderdienst der „Wossischen Zeitung“

F. S. Sommerfeld 1. 2., 3. Februar

Der Berliner Kriminalkommissioner Johannes Müller und Dr. Brahm ist es in enger Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei gelungen, das furchtbare Verbrechen an dem Ehepaar Finkler in Sommerfeld aufzuklären. Die beiden Täter sind bekannt: es handelt sich um den Biergärtner Ernst Sommerfeld, am 1. 1. 09 in Kitzers, Kreis Gernau, und Friedrich Finkler, geb. am 20. 2. 06 in Samburg, die am 20. Januar nachmittags aus der Biergärtnerhütte Verensdorf bei Minster entflohen sind.

Die beiden Biergärtlinge haben sich sofort nach ihrer Flucht nach dem nur 65 Kilometer entfernten Sommerfeld gewandt, wo namentlich Sommer durch frühere Tätigkeit über die Ortsverhältnisse genau orientiert war. Sommer und Finkler haben sich hier einen Mordattentat geplant. Nach der Ermordung des Ehepaars Finkler sind die Verbrecher nach in derselben Nacht nach Gelnhausen geflohen. Im Zuge haben sie ihre Kleider gewaschen und verstreut einen Stellungsnahme, in dem sich 42 M. in Gelnhausen befanden, in die Netze geworfen.

Wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, haben sich die Verbrecher in Gelnhausen in einem Raubzugeschäft von Kopf bis Fuß neu eingekleidet. Sie haben in Gelnhausen, nachdem sie sich in einer Raubkiste beschammet gefaßt hatten, eine Autobrotrolle nach Frankfurt a. M. genommen und dem Chauffeur außer dem Fahrgeld von 50 Mark ein Trinkgeld von 10 Mark gegeben.

In Frankfurt a. M. ist bisher die Spur verlorengegangen. Während der Kriminalkommissioner Finkler noch nach Frankfurt begeben hat, leitete Kriminalkommissioner Johannes Müller die weiteren Ermittlungen an Ort und Stelle.

An diesem Ziele soll auch der Reichswirtschaftsrat mitwirken, nach dessen endgültiger Konstituierung die Reichsregierung die im Artikel 156 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft im Geiste der Tätigkeit im wirtschaftlichen Selbstbestimmtheitsprinzip aufzukommenden Einkünfte weiter ausbauen wird.

Auf dem Gebiete der Reichsorgane haben große Aufgaben der Regierung. Der Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtseinheit mit Österreich

### Demokratisches Mißtrauen

Ehe die allgemeine Aussprache beginnt, verliest der Präsident einen dem Reichstag im Reichstagsrat Rat-Entwurf: „Die Regierung bestrebt sich nicht das Vertrauen des Reichstages.“ (Bewegung.)

Auf diesem Gebiete bringen soll, wird vorausichtlich in diesem Frühjahr dem hohen Hause vorgelegt werden. Damit in enger Verbindung steht, der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafgesetzbuches, durch den der alte Bund noch einer reichsweiten Regelung des Strafrechts nachvollkommen erreicht werden soll. Die Erneuerung erscheint bedingt, daß das große Werk der Strafgesetzbuchreform, an dem seit Jahrzehnten gearbeitet wird, nach in der gegenwärtigen Wahlperiode des Reichstages zu Ende geführt werden kann.

In der nächsten Mitarbeit an der Gestaltung und Fortbildung der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen steht die Reichsregierung eine wichtige Gegenwartsaufgabe. Mit dem Gefühl äußerster Verantwortlichkeit für das deutsche Volk, das diese Aufgabe erfüllt, ist ein deutsch-österreichischer Abkommen über Normen- und Wirtschaftsangelegenheiten. Selbstverständlich nimmt die Reichsregierung an der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz im Bonn, die eine Konferenz in Rom über das Urheberrecht folgen soll, sowie auch an den von Münster ausgehenden Besprechungen, auf wirtschaftlich bedeutsamen Reichsgebieten, insbesondere des Schiedsgerichtsverfahrens, eine Rechtsannäherung der Kulturstaaten auszubilden.

Die von dem Deutschen Juristen zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Aktienrechts eingesetzte Kommission hat ihre Tätigkeit begonnen. Die Mitarbeiter des höchsten Organs der deutschen Juristenwelt bei dieser ist das gesamte Wirtschaftswissenschaften Besondere bedeutungsvollen Aufgabe ist selbst zu beschäftigen. Neben und unabhängig von diesen Beratungen nimmt die Reichsregierung an der Bildung eines Ausschusses über Normen- und Wirtschaftsangelegenheiten. Selbstverständlich nimmt die Reichsregierung an der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz im Bonn, die eine Konferenz in Rom über das Urheberrecht folgen soll, sowie auch an den von Münster ausgehenden Besprechungen, auf wirtschaftlich bedeutsamen Reichsgebieten, insbesondere des Schiedsgerichtsverfahrens, eine Rechtsannäherung der Kulturstaaten auszubilden.

Mit erster Sorge steht die Reichsregierung, mit Reichspräsident und Reichstagsangelegenheiten in der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, die oft über das zulässige Maß weit hinausgehen. Jede schädliche Kritik soll willkommen sein. Die Reichsregierung ist sich dessen wohl bewußt, daß die Justiz, um ihren Beruf zu erfüllen, des Vertrauens des Volkes bedarf, und wird zur Festigung dieses Vertrauens tun, was in ihren Kräften steht.

Die Rechte werden an ihrem Teil bewahrt bleiben müssen, die Verhältnisse in der Republik des Reichs und Reichstagsangelegenheiten Zeit fortzubehalten zu verbleiben. Das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit, die unantastbare Grundlage jeder geordneten Rechtsprechung, ist die Reichsregierung gewillt, mit allen Mitteln zu schützen.

Die Regierung rechnet, so ist es klar, auf die Mitarbeit der deutschen Volkswirtschaft. Es ist dabei aber bemerkt, daß nur das einzige geschlossene Zusammenhalten unseres Volkes und der sich in dieser Geschlossenheit ergebende Wille imstande ist, unsere Arbeit fruchtbar zu gestalten. Wäre uns eine solche Einheit wirklich verweigert, so ist ein zielbewußter Führung und Eintrag ihres ganzen Kraft wird es die Regierung nicht lassen lassen.

Die Rede fand am Schluß stehend lebhaften Beifall der Regierungsparteien.

Als erster Redner spricht der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken.









